

Als Teil der Initiative "Hannover for Future" haben wir im Vorfeld der Kommunalwahlen 16 Wahlprüfsteine zur Klimawende an die in Wunstorf antretenden Parteien verschickt. Die Antworten der Wunstorfer Parteien präsentieren wir auf diesen Seiten. (Die Antworten aus allen Kommunen finden Sie auf der Seite von Hannover for Future).

Die Reihenfolge der Antworten richtet sich nach den aktuellen Anteilen der Parteien im Wunstorfer Rat.



Die Themen:

1. Wärmewende	2. Stilllegung von Gasnetzen	3. Gebäudesanierung	4. Stromerzeugung
5. Mobilität und Verkehrswende	6. Elektrifizierung des Verkehrs	7. Flächeninanspruchnahme	8. Klimagerechte Bauleitplanung
9. Hitzeschutz und Biodiversität	10. Starkregenereignisse und Grundwasserschutz	11. Frischwasserverfügbarkeit	12. Kommunales Klimaschutzesystem
13. Bildung und Bewusstseinsbildung	14. Akzeptanzsteigerung	15. Finanzierung kommunaler Neubau- und Sanierungsprojekte	16. Finanzierung von Ausbau der Erneuerbaren und Sanierung der Infrastruktur



URL: <https://stiftskirche-wunstorf.de/wahlpruefsteine-klimawende-zur-kommunalwahl-2026>

1. Wärmewende

Erfolgreicher Klimaschutz in der Region Hannover wird nur gelingen, wenn auch die Wärmeversorgung fossilfrei wird. Viele Kommunen der Region haben ihre Wärmeplanung bereits begonnen oder sogar abgeschlossen. Für einige verdichtete Gebiete werden Wärmenetze eine Option sein, in den meisten Fällen werden aber dezentrale Lösungen wirtschaftlicher sein. Hausbesitzende sollten frühzeitig die Optionen für ihre Gebäude kennen, um nachhaltige Entscheidungen zur Heizungsmodernisierung treffen zu können.



Welche Schritte schlägt Ihre Partei oder Wählergruppe vor, um dezentrale Wärmequellen zu fördern und dort, wo es möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, fossilfreie Wärmenetze auszubauen? Bitte beziehen Sie kommunale Gebäude, Privathaushalte und Industrie ein.

SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Die Wärmewende gelingt nur sozial gerecht und planbar. Deshalb setzen wir uns für eine zügige kommunale Wärmeplanung ein, damit Eigentümerinnen und Eigentümer frühzeitig wissen, welche Lösungen in ihrem Wohngebiet sinnvoll sind. In dichter bebauten Bereichen unterstützen wir klimaneutrale Wärmenetze und Nahwärmelösungen. Gerade beim Umbau und der Sanierung der Innenstadt sehen wir große Chancen für ein modernes Nahwärmenetz. Auch im Stadtteil Barne soll geprüft werden, ob ein Nahwärmenetz sinnvoll und wirtschaftlich umgesetzt werden kann. Darüber hinaus sehen wir Geothermie als mögliche Zukunftschance für Wunstorf und wollen die Potenziale systematisch	Abgeleitet aus der Kommunalen Wärmeplanung (KWP) wurde deutlich, dass es in Wunstorf nur wenige Gebiete für eine mögliche Wärmenetzeignung gibt. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die privaten und gewerblichen Gebäude auf Wärmepumpen umgerüstet werden müssen. Die Novellierung des GEG lässt auch fossile Heizungen zu, wir raten aber ganz klar zu Wärmepumpen bei Heizungstausch. Ein wirtschaftlich zu betreibendes Wärmenetz sehen wir zunächst in der Barne. Das wollen wir unterstützen. Umsetzen sollten die Stadtwerke gemeinsam mit starken lokalen Partnern.	Die kommunale Wärmeplanung ist in Wunstorf abgeschlossen. Das Ergebnis ist, dass es ein paar wenige kleine Nahwärmenetze geben wird. Diese Informationen sind elementar für die Entscheidung von potentiellen Investoren, für die eine Heizungsumstellung auf der Agenda steht und/oder die sich an der Wärmewende beteiligen wollen. Bürger/Bürgernetzwerke sollten darin beraten und ggf. unterstützt werden, zu prüfen ob kleinere lokale Wärmenetze umsetzbar sind. Dabei sollte die Stadt mit gutem Beispiel voran gehen und möglichst viele städtische Gebäude an das Wärmenetz anschließen. Da eine dezentrale nicht fossile Wärmeversorgung mit Wärmepumpen	Die Wärmewende muss technologieoffen, wirtschaftlich tragfähig und sozial ausgewogen erfolgen. Für Wunstorf bedeutet das: Vorrang für dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen, hybride Systeme, Biomasse im Bestand sowie quartiersbezogene Konzepte dort, wo Dichte und Wirtschaftlichkeit es zulassen. Neue Nahwärmenetze, die mit einem Anschluss- und Benutzungszwang für die Hauseigentümer verbunden sind und dadurch u.a. auch die Mietkosten erhöhen, lehnen wir ab. Fernwärmenetze sind nur sinnvoll, wenn sie bestehende Abwärmepotenziale von Industriebetrieben oder Müllverbrennungsanlagen nutzen können. Dann ist der Betrieb langfristig kosteneffizient undversorgungssicher.	Aus Sicht von Die Linke soll die Wärmewende in Wunstorf klimafreundlich, sozial gerecht und möglichst kommunal organisiert umgesetzt werden. Wir begrüßen den Aufbau klimafreundlicher Wärmenetze, etwa durch die MeerWärme Wunstorf GmbH, besonders in dicht bebauten Quartieren wie der Innenstadt oder der Barne. Kommunale Gebäude sollten früh angeschlossen werden, um Planungssicherheit zu schaffen. Gleichzeitig braucht es auch dezentrale Lösungen wie Wärmepumpen oder Solarthermie. Beratungsangebote der Stadt sollten ausgebaut und individueller gestaltet werden. Auch sollte geprüft werden, ob Abwärme aus Industrie und Gewerbe stärker genutzt werden kann.	Wir, die FREIE WÄHLER Wunstorf setzen auf eine klimafreundliche, bezahlbare und verlässliche Wärmeversorgung. Wo Wärmenetze wirtschaftlich sinnvoll sind, unterstützen wir deren Ausbau. In vielen Ortsteilen werden jedoch dezentrale Lösungen geeigneter sein. Die Stadt sollte gemeinsam mit den Stadtwerken Wunstorf die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung verständlich und bürger-nah vermitteln und Eigentümer frühzeitig über geeignete Heizungsoptionen, mögliche Wärmenetze und Fördermöglichkeiten informieren. Die Stadtwerke sind für uns ein wichtiger Partner, um die Wärmewende vor Ort verlässlich, transparent und bezahlbar umzusetzen.

prüfen. Die Stadtwerke Wunstorf leisten bei dieser Transformation wichtige Arbeit. Ihre Anstrengungen zur Wärmewende werden wir politisch aktiv unterstützen. Niemand darf mit den Kosten allein gelassen werden.		ausgeprägt gefördert wird, sollte auch hier eine Förderung für den Fall bereitgestellt werden, bei der die Wärme-(Heiz)kosten höher sind als die mit fossilen Wärmequellen einhergehenden Wärmekosten, die. Wenn das sicher gestellt ist, wird die Akzeptanz, sich an Wärmenetze anzuschließen, deutlich steigen.	Kommunale Gebäude (Schulen, Sporthallen, Rathaus) sollen über ein systematisches Energiemanagement erfasst und priorisiert modernisiert werden mit PV-Analgen auf den Dächern und dem Austausch der fossil betriebenen Heizungsanlagen durch Wärmepumpen. Industrie- und Gewerbebetriebe benötigen Planungssicherheit statt ständig wechselnder Vorgaben.	Wichtig ist, dass niemand finanziell überfordert wird: Haushalte brauchen gute Beratung, Förderprogramme und Zuschüsse beim Heizungstausch. Mieterinnen und Mieter, insbesondere Alleinerziehende, Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner, müssen vor zu starken Umlagen geschützt werden. Ziel ist eine bezahlbare und sozial gerechte Wärmewende für alle.	
--	--	--	--	--	--

2. Stilllegung von Gasnetzen

Fossiles Gas wird mittelfristig zu teuer werden für die Wärmeversorgung. Auch knapper und teurer Wasserstoff wird für die Wärmeversorgung keine Alternative sein. Die bestehenden kommunalen Gasnetze werden nach und nach unrentabel. Kommunale Gasnetzbetreiber entwickeln bereits Zeitpläne, um Verteilnetze bis 2045 stillzulegen.

Wie kann Ihre Kommune die Stilllegung des Gasnetzes sozialverträglich gestalten? Welche Rolle sollte sie zukünftig bei fossilfreien Wärmenetzen und klimaneutralen Heizungen übernehmen?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Die Transformation weg von fossilen Energieträgern muss sozialverträglich organisiert werden. Wir unterstützen in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Planungen der Stadtwerke Wunstorf, die diesen Wandel für unsere Stadt maßgeblich gestalten werden. Frühzeitige Informationen, verlässliche Zeitpläne und natürlich auch tragfähige Alternativen sind entscheidend. Die Stadt Wunstorf soll gemeinsam mit den Stadtwerken fossilfreie Wärmelösungen entwickeln: Wärmenetze, Wärmepumpen oder andere klimaneutrale Einzelheizungen. Für uns gilt: Klimaschutz darf keine soziale Spaltung erzeugen.	Aktuell gibt es seitens der Bundesnetzagentur bzw. der Bundesregierung noch keine finale Aussage, wie mit der Stilllegung von Gasnetzen umgegangen werden soll. Das müssen wir abwarten. Dann beantwortet sich hoffentlich auch die „soziale“ Frage bzw. die Fragen der Industrie, die viel Leistung durch Gas abdecken muss. Eines ist aber sicher: Jeder, der eine Wärmepumpe einbaut, wird nie wieder ans Gasnetz kommen und somit werden die Fixkosten der Gasinfrastruktur durch die Netzentgelte auf immer weniger Schultern verteilt. Dann wird es teuer, was gegen Gas spricht – unabhängig von der CO₂-Bepreisung, die noch on top kommt.	Die Kommune kann die Stilllegung des Gasnetzes sozialverträglich gestalten, indem sie frühzeitig informiert, finanzielle Unterstützung organisiert, Quartierslösungen fördert und Härtefallregelungen schafft. Gleichzeitig sollte sie gemeinsam mit den Stadtwerken fossilfreie Wärmenetze dort aufbauen, wo sie wirtschaftlich sinnvoll sind. Privathaushalte sowie Gewerbe müssen bei der Umstellung auf klimaneutrale Heizungen beraten und unterstützt werden.“	Die Transformation darf nicht zu sozialen Härten führen. Wir setzen auf: - frühzeitige, transparente Zeitpläne - individuelle Beratung für Eigentümer -realistische Übergangsfristen Die Kommune und die jeweiligen Stadtwerke übernehmen Koordination und Information. Die Rückbaukosten der Gasnetzstillegung dürfen nicht 1:1 auf die Hauseigentümer und damit auch die Mieter, umgelegt werden. Der Bund und die Länder sollten entsprechende Förderprogramme auflegen.	Wunstorf sollte die Stilllegung des Gasnetzes schrittweise, planbar und sozialverträglich umsetzen. Die Stadt muss frühzeitig transparent machen, in welchen Stadtteilen das Gasnetz perspektivisch und wann zurückgebaut wird. Die Kosten für den Rückbau des Gasnetzes dürfen nicht allein bei den letzten verbleibenden Gaskundinnen und -kunden landen. Die Stadt muss hier gemeinsam mit Wohnungsbau- und Investoren, privaten Vermietern allgemein gültige sozialverträgliche Lösungen entwickeln. Hier müssen sich ggf. auch Bund und Land stärker beteiligen. Ziel ist eine soziale und planbare Wärmewende in Wunstorf bei der niemand finanziell überfordert wird. Die kommunale Wärmeplanung zeigt, dass fossilfreie Wärmenetze ein wichtiger Baustein der Wärmewende in Wunstorf sind. Aus Sicht der Linken sollte die Stadt	Eine Stilllegung von Gasnetzen darf nur erfolgen, wenn praktikable und bezahlbare Alternativen vorhanden sind. Die Stadt muss die Bürger frühzeitig informieren und den Umstieg begleiten. Die Kommune und die Stadtwerke Wunstorf sollte auch hier deshalb beraten, Fördermöglichkeiten aufzeigen und technologieoffen unterstützen. Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, dass Lösungen wie Wärmepumpe nur dann sinnvoll sind, wenn die Gebäudehülle entsprechend saniert (Dämmung gem. GEG / BEG) ist. Auch wenn die CO₂ Werte einer Wärmepumpe zu fossilen Heizungsanlage weit aus besser ausfallen, muss die finanzielle Lage der Bürger mit betrachtet werden. Die

				dabei eine noch aktivere Rolle übernehmen und Wärmenetze möglichst kommunal oder gemeinwohlorientiert betreiben, damit die Versorgung bezahlbar bleibt. Dabei sollten erneuerbare Energiequellen wie Abwärme, Großwärmepumpen oder Solarthermie genutzt werden. Ziel ist eine klimaneutrale und verlässliche Wärmeversorgung für Wunstorf.	Sanierung des Gebäudes incl. einer regenerativen Heizung ist finanziell nicht für jeden umsetzbar.
--	--	--	--	---	---

3. Gebäudesanierung

Ein Großteil der klimaschädlichen Emissionen wird durch die fossile Beheizung von Gebäuden verursacht. Insbesondere unzureichende Dämmung von Gebäudehüllen führt zu hohen Energieverbräuchen, Emissionen und Kosten. Fachleute sind sich darüber einig, dass es einen hohen Nachholbedarf bei der energetischen Sanierung von Bestandsgebäuden gibt. Gleichzeitig bietet Sanierung auch viele Chancen: architektonische Verbesserungen, eine Anpassung an neue Nutzungsanforderungen, höherer Wohnkomfort, bessere Raumluftqualität sowie passive und aktive Kühloptionen für den Sommer.



Welche Maßnahmen unterstützt Ihre Partei oder Wählergruppe, um die Sanierung öffentlicher und privater Gebäuden zu beschleunigen?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Energetische Sanierung ist Klima-, Sozial- und Wirtschaftspolitik zugleich. Die Stadt Wunstorf soll ihre Gebäude modernisieren und dabei Vorbild sein. Für private Haushalte setzen wir auf Energieberatung, z.B. durch die Klimaschutzagentur der Region Hannover, aber auch die Stadtwerke Wunstorf. Besonders wichtig ist uns dabei unser Positionspapier Wohnen, das energetische Sanierung, Umbau im Bestand, generationengerechte Wohnformen und die Aktivierung leerstehender Gebäude miteinander verbindet. Über unseren Vorschlag, eines städtischen Programms „Jung kauft Alt“ soll junge Familien dabei unterstützen, ältere Bestandsimmobilien zu erwerben, zu sanieren und weiter zu nutzen. So	Laut KWP sind öffentliche Gebäude in Wunstorf nur für einen Bruchteil des Wärmebedarfs verantwortlich. Trotzdem muss die öffentliche Hand als Vorbild dienen, wenn es um Dämmung, Sanierung und Modernisierung geht. Eines ist aber auch klar: Letztes Jahr betrug die Sanierungsrate in Deutschland laut Stat. Bundesamt nur ca. ein Prozent. Das bedeutet, dass die Rahmenbedingungen (Finanzierung, Absetzbarkeit, Baukosten) insgesamt optimiert werden müssen, damit die Menschen eine Sanierung ins Auge fassen. Der Schlüssel zum Erfolg liegt hier bei den privaten Haushalten. Wir müssen hier vor Ort aber gut beraten, da es etliche Förderungen des Bundes, des Landes und der Region gibt. Das müssen die	Grundsätzlich sollte, soweit möglich, bei Sanierungsmaßnahmen eine Solararchitektur berücksichtigt werden, die bspw. durch geschickte Raumnordnungs- und Pflanzkonzepte die Wärmemenge im Winter reduziert und die Hitze im Sommer abhält. Um als Vorbildfunktion für den privaten Sektor zu dienen, muss die Sanierung öffentlicher Gebäude höher priorisiert werden. Dafür ist ein Prioritätsplan mitsamt Finanzierung zu entwickeln, an dem ablesbar ist, welches Gebäude wann und in welchem Umfang zu sanieren ist. Um die Sanierung privater Gebäude zu beschleunigen, unterstützen wir eine Kombination aus verbesserter Energieberatung (z. B. zur Solararchitektur), gezielter Förderung, vereinfachten	Öffentliche Gebäude gehen voran. Sanierungsstau bei Schulen und Sportstätten ist prioritär abzuarbeiten. Maßstab sind Lebenszykluskosten, nicht Symbolprojekte. Hier hat die öffentliche Hand eine Vorbildfunktion: konsequentes Energiemanagement schützt das Klima und spart Energiekosten, PV auf alle kommunalen Dächer, wo es statisch möglich ist und Einbau von Wärmepumpen zur Heizungsversorgung. Private Sanierungen werden durch Beratung, schnellere Genehmigungen und Abbau bürokratischer Hemmnisse unterstützt. Fördermittel von Bund und Land müssen aktiv eingeworben werden.	Bürokratie soll abgebaut werden: Genehmigungen und Förderanträge sollen einfacher und schneller bearbeitet werden. Digitalisierung soll zielgerichtet ausgebaut werden: Anfragen, Genehmigungen und Förderanträge sollen einfacher und schneller eingereicht werden können. Öffentliche Fördermittel ausbauen: Bund, Länder und Kommunen stellen verstärkt Zuschüsse und zinsgünstige Kredite bereit, besonders für einkommensschwache Haushalte Soziale Staffelung der Kosten: Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Mieterinnen sollen besonders entlastet werden. Modernisierungskosten dürfen nicht vollständig auf Mieten umgelegt werden.	Wir wollen die Sanierung kommunaler Gebäude dort vorantreiben, wo der größte Nutzen entsteht, und mit gutem Beispiel vorangehen. Private Eigentümer brauchen eine kompetente Beratung und verlässliche Informationen zu Fördermöglichkeiten statt zusätzlicher Bürokratie. Neben BAFA und KfW sollten auch regionale und lokale Förderprogramme besser bekannt gemacht werden.

schaffen wir Wohnraum und modernisieren gleichzeitig den Bestand.	Menschen aber wissen und kennen.	Genehmigungen und einer klaren kommunalen Sanierungsstrategie. Private Haushalte sind durch Beratung, Fördermittel und Quartierskonzepte zu unterstützen. Gewerbe und Industrie sind darüber hinaus über Einsparpotentiale durch Abwärmenutzung zu beraten.		Kommunale Investitionen und öffentliche Gebäude als Hebel: Sanierung öffentlicher Gebäude finanziert durch Haushaltsmittel und Kredite kann private Investitionen anstoßen. Bundes- und Landesmittel stärker einbinden: Programme wie das KfW-Programm für energetische Sanierungen oder Landesförderungen sollen vollständig ausgeschöpft werden.	
---	----------------------------------	--	--	---	--

4. Stromerzeugung

Neben Wind spielt Photovoltaik in Verbindung mit Batteriespeichern eine zentrale Rolle für eine sichere, nachhaltige Stromversorgung und Netzstabilität. Um den steigenden Strombedarf zu decken, müssen der Ausbau der PV-Erzeugung sowie dezentraler Speicher weiter beschleunigt werden. Gleichzeitig braucht es Erleichterungen bei der Kapitalbeschaffung und bessere Rahmenbedingungen für Energiegenossenschaften. Diese beteiligen Bürgerinnen und Bürger direkt an der lokalen Wertschöpfung und stärken so die gesellschaftliche Akzeptanz.

Wie soll der Ausbau von Photovoltaik – besonders auf kommunalen Gebäuden – beschleunigt werden? Welche Anreize braucht es, damit private und gewerbliche Eigentümer PV-Anlagen und Speicher installieren?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Photovoltaik ist eine große Chance für Wunstorf. Geeignete kommunale Dächer sollen systematisch mit PV-Anlagen ausgestattet werden. Dafür haben wir bereits finanzielle Mittel in den Haushalt der Stadt eingestellt. Städtische Neubauten sollen grundsätzlich PV-ready geplant werden. Bereits in den vergangenen Jahren haben wir in Wunstorf die Förderung von Balkon-Solaranlagen bzw. Klein-PV-Anlagen auf den Weg gebracht. Das hat vielen Menschen erstmals ermöglicht, selbst Solarstrom zu erzeugen und einen spürbaren Schub für Photovoltaik in unserer Stadt ausgelöst. Darüber hinaus unterstützen wir die Gründung einer Bürgerenergie-Genossenschaft, die von Bürgerinnen und Bürgern aus Wunstorf getragen wird	Wir haben ein Freiflächensolar-Kataster beschlossen, das entsprechende Flächen ausweist. Auf kommunalen Dächern passiert viel zu wenig und das seit Jahren. Da müssen wir mit ansässigen Unternehmen Tempo machen. Gern auch mit Speicher, wo immer es sinnvoll ist. Die Speichertechnologie macht jeden Tag riesige Fortschritte, der Engpass sind oft die örtlichen Verteilnetze. Da müssen wir mit dem Netzbetreiber in den Dialog kommen, um die besten Lösungen zu finden. Die größten Anreize sind Preisanreize. Fossile Energie ist durch den Krieg im Iran teuer. Das befördert die Erneuerbaren.	Kommunale Gebäude: Schneller sanieren, PV standardmäßig einplanen, Stadtwerke einbinden • Schulen, Kitas, Sporthallen und Verwaltungsgebäude systematisch prüfen • PV als Standard bei jeder Dachsanierung festlegen • Planung vereinfachen und bündeln um Zeit und Kosten zu sparen • Nutzung von Dachflächen maximieren • Auch Carports, Parkplätze und Fassaden einbeziehen • Prüfung von Solar-Carports an Schulen, Freibädern oder Parkplätzen • Stadtwerke als Betreiber oder Partner einbinden Privathaushalte: • Kostenlose Erstberatung zur Wirtschaftlichkeit • Beschleunigung und Vereinfachung der Genehmigungsverfahren • Attraktivität von Speichern insbesondere durch	Alle geeigneten kommunalen Dachflächen sind systematisch auf PV-Nutzung zu prüfen. Wirtschaftlich tragfähige Anlagen sind zeitnah umzusetzen, auch durch Contacting-Projekte, wenn die Investitionen für die Kommune nicht zu leisten sind. Private Eigentümer profitieren von vereinfachten Verfahren und klaren Informationen, wie es die novellierte Niedersächsische Bauordnung ermöglicht. Speicherlösungen müssen dort eingesetzt werden, wo sie Netzstabilität und Eigenverbrauch optimieren. Bürgerbeteiligungsmodelle können Akzeptanz erhöhen, müssen jedoch solide kalkuliert sein.	Kommunale Gebäude sollen konsequent mit Solaranlagen ausgestattet werden. Bei Neubau kommunaler Gebäude zum Beispiel Schulen ist das eine Pflicht. Dafür brauchen Städte und Gemeinden verlässliche Förderprogramme, Zuschüsse und zinsgünstige Kredite. Gleichzeitig müssen Genehmigungen, Netzanträge und Bürgerenergiegenossenschaften gefördert und vereinfacht werden, damit Projekte schneller umgesetzt werden. Auch private und gewerbliche Eigentümer*innen sollen durch finanzielle Anreize, steuerliche Vorteile und eine faire Vergütung für eingespeisten Strom motiviert werden, Photovoltaik und Speicher zu installieren. Gute Beratung und Planungsunterstützung können	Geeignete Dächer kommunaler Gebäude sollten konsequent für Photovoltaik genutzt werden. Für private und gewerbliche Eigentümer brauchen wir einfache Verfahren, gute Beratung und transparente Informationen über Fördermöglichkeiten für PV-Anlagen und Speicher. Durch die aktuelle Gesetzeslage "PV-Pflicht für neugedämmte Dächer", gibt es zwar einen indirekten Zwang für mehr selbsterzeugten Strom, gleichzeitig aber auch immer mehr sanierungsbedürftige Dächer. Eine Finanzierung der Dachdämmung und einer PV-Anlage muss aber langfristig geplant werden.

und Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Dächern mit voranbringt. So schaffen wir lokale Wertschöpfung, stärken die Akzeptanz der Energiewende und ermöglichen direkte Beteiligung an klimafreundlicher Energieerzeugung.		Kombination mit Wärmepumpen und/oder E-Mobilität erklären • Quartierslösungen fördern • Gemeinsame PV-Projekte für ganze Straßenzüge oder Mehrfamilienhäuser • Mieterstrommodelle für Wohnanlagen unterstützen • Unterstützung bei der Gründung von Gruppierungen, die in PV investieren wollen. Gewerbe: • Wirtschaftliche Vorteile sichtbar machen • Aktive Ansprache von Betrieben mit großen Dach- und Parkflächen, wie z. B. Amazon und Beratung zu Einsparpotenzialen • Unterstützung bei der Planung großer Dachanlagen • Kombination mit Eigenverbrauch • PV + Speicher + E-Mobilität für Firmenflotten (Bsp. auch Amazon) • Lastmanagement zur Senkung von Stromkosten • Vereinfachte Genehmigungen: Schnellere Verfahren für große Dachanlagen und Unterstützung bei Netzanschlüssen		zusätzlich helfen, Investitionen zu erleichtern. Neben Dachanlagen will Die Linke auch Freiflächen-PV stärker nutzen, vor allem auf Brachflächen, Konversionsflächen, Parkplätzen oder entlang von Infrastruktur. Agri-Photovoltaik soll ermöglichen, Landwirtschaft und Stromerzeugung zu verbinden. Dabei müssen Natur- und Flächenschutz berücksichtigt werden. Wichtig ist außerdem Technologieoffenheit: unterschiedliche Solartechnologien und Speicherlösungen sollen gefördert werden, damit Solarstrom zuverlässig genutzt werden kann. So kann Photovoltaik schnell zu einer zentralen Säule einer sozial gerechten und klimafreundlichen Energieversorgung werden.	
--	--	---	--	--	--

5. Mobilität und Verkehrswende

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Fahrradnutzung und der ÖPNV aktuell nicht attraktiv. Es fehlt an gut ausgebauten Radwegen entlang von Hauptverkehrsstraßen, verkehrsberuhigten Nebenstraßen, sicheren Abstellmöglichkeiten, einem eng getakteten und verzweigten Nahverkehrsnetz sowie einem verlässlichen CarSharing-Angebot. Zudem ist die Straßenplanung häufig stark auf den Pkw ausgerichtet und benachteiligt Fußgänger und Radfahrer.

Welche Maßnahmen sind nötig, um Rad- und ÖPNV-Nutzung zu erhöhen und vor allem den innerörtlichen PKW-Verkehr zu reduzieren?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Mobilität muss bezahlbar, sicher und alltagstauglich sein. Wir wollen sichere Radwege zwischen Kernstadt und Ortsteilen, bessere Fahrradabstellanlagen und mehr Schulwegsicherheit. Neue Wohngebiete sollen vor allem dort entstehen, wo Bus, Bahn, Nahversorgung, Schulen und Kitas gut erreichbar sind. Ein zentraler Baustein ist für uns die klare Umsetzung des neuen Radverkehrskonzepts, das wir in Wunstorf mit auf den Weg gebracht haben. Dieses Konzept muss nun konsequent umgesetzt werden. Für uns bedeutet das vor allem, die Umsetzung von sicheren Alltagsradwegen, besseren Verbindungen zwischen den Ortsteilen, mehr Abstellmöglichkeiten und einer insgesamt fahrradfreundlicheren Infrastruktur. Beginnen wollen wir mit der	Die Antwort ist eindeutig: Sicherheit, Sicherheit, Sicherheit. Wenn das gegeben ist, nutzen die Menschen die innerörtlichen Verbindungen automatisch. Radfahren am Morgen in der Hindenburgstr. ist lebensgefährlich. Das wollen wir schnell ändern und den Verkehrsraum anders aufteilen. Zudem müssen wir die Parkmöglichkeiten am Bahnhof Wunstorf verbessern. Dort gib es teilweise zu wenig Parkplätze und definitiv zu wenig Ladeinfrastruktur.	Das Ziel muss sein, insbesondere den motorisierten Kurzstreckenverkehr bis 5 km auf das Rad zu bringen. Folgende Maßnahmen schlagen wir für die Unterstützung dieses Zieles vor: • Gerechtere Verteilung der Verkehrsflächen zugunsten des Fuß- und Radverkehrs • Zeitnaher Ausbau des Radwegenetzes ◦ Breitere Radwege auf den Straßen, wo es keine separaten Radwege gibt (nach dem Vorbild in den Niederlanden) ◦ Radschnellfahrstrecken (Velorouten) innerhalb der Kernstadt (zu allererst entlang der Leuchturnroute) ◦ Radschnellfahrstrecken, die die Ortsteile mit der Kernstadt und die Ortsteile untereinander verbinden (Spinnennetztopologie)	Mobilitätspolitik in Wunstorf muss die Chancen der Nordumgebung berücksichtigen, die bis 2032 fertiggestellt sein soll. Daraus ergeben sich neue Möglichkeiten der PKW-Steuerung in der Innenstadt. Ziel ist dabei nicht die Verdrängung des PKW, sondern bessere Alternativen, insbesondere hinsichtlich des Parkens. Das On-Demand-System Sprinti hat sich bestens bewährt und sollte Ortstübergreifend weiterentwickelt werden. Knackpunkt der ÖPNV-Nutzung ist der unzuverlässige Regionalexpress- und vor allem S-Bahn-Verkehr in der Region Hannover. Hier hat Wunstorf keinen Einfluss drauf. Die Sanierung bestehender Straßen, Rad- und Fußwege hat Vorrang vor Neubau. Die bereits sehr	Die Linke will Bus, Bahn und Fahrrad stärken, damit weniger Menschen auf das Auto angewiesen sind. Dafür braucht es mehr Investitionen: Der ÖPNV soll häufiger fahren, besser vernetzt und deutlich günstiger werden, langfristig kostenlos. Gleichzeitig sollen sichere, durchgehende Radwegenetze und gute Abstell- und Reparaturmöglichkeiten entstehen. Kommunen sollen mehr Möglichkeiten zur Verkehrssteuerung erhalten, etwa durch Tempo-30-Zonen, mehr Raum für Rad- und Fußverkehr und Busspuren sowie weniger und teureren Parkraum, um Autoverkehr zu reduzieren. Auch der ländliche Raum braucht verlässliche Verbindungen sowie flexible Angebote wie Rufbusse. Finanziert werden soll dies durch den Abbau	Wir wollen sichere Radwege, einen attraktiven ÖPNV und gute Bedingungen für Fußgänger. Gleichzeitig bleibt das Auto für viele Menschen, insbesondere in den Ortsteilen mit unzureichender ÖPNV-Anbindung, unverzichtbar. Unser Ziel ist kein Gegeneinander der Verkehrsmittel, sondern ein verlässliches Miteinander. Dazu gehören eine bessere Anbindung der Ortsteile und bedarfsgerechte Angebote, damit Bürger tatsächlich eine Wahl zwischen verschiedenen Verkehrsmitteln haben.

Umsetzung der sog. „Leuchtturmtrasse“ als Radvorrangroute. Sie führt vom Bahnhof Wunstorf über Klein Heidorn und Großheidorn bis nach Steinhude. Über unsere Politik in der Region Hannover haben wir den ÖPNV in Wunstorf bereits deutlich verbessert. Besonders das On-Demand-System Sprinti sorgt dafür, dass viele Ortsteile besser angebunden sind und der Nahverkehr attraktiver geworden ist. Diesen Weg wollen wir weitergehen.		◦ Anbindung des Wunstorfer Radwegenetzes and die Mittellandkanalroute nach Hannover • Einstellung eines jährlichen Betrages von 750.000 € in den städtischen Haushalt, entsprechend den Vorgaben des Planungsbüros. • Beibehaltung des Sprinti. • Ausbau des vorhandenen Carsharing Angebotes • Kostenlose Bereitstellung von Lastenräder in den Ortschaften und der Kernstadt. • Kontrollierte Anbindung (feste Stellplätze) des Bahnhofs an die Innenstadt mit ausleihbaren Scootern.	guten Park-and-Ride-Angebote in Wunstorf verbessern die Verknüpfung mit dem regionalen Verkehr, wenn der funktioniert.	umweltschädlicher Subventionen. Ziel ist ein bezahlbares, klimafreundliches und für alle zugängliches Verkehrssystem.	
---	--	--	---	--	--

6. Elektrifizierung des Verkehrs

Erfolgreicher Klimaschutz in der Region Hannover gelingt nur mit der Elektrifizierung der Mobilität. Der Anteil der Elektroautos an den Neuzulassungen steigt seit 2024. Trotzdem ist eine weitere Beschleunigung nötig. Lademöglichkeiten fehlen häufig, vor allem bei Mehrfamilienhäusern und an Firmenparkplätzen.



Welche Maßnahmen sollte Ihre Kommune nach Ansicht Ihrer Partei oder Wählergruppe priorisieren, um die Elektromobilität zu fördern?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wir brauchen mehr Ladeinfrastruktur in Wohngebieten, an öffentlichen Parkplätzen und Gewerbegebieten. Genau diesen Ausbau haben wir in den vergangenen Jahren bereits planmäßig auf den Weg gebracht. Es wurden Ausschreibungen für zusätzliche Ladepunkte in allen Ortsteilen auf den Weg gebracht. Diese Projekte müssen konsequent umgesetzt und fortgeführt werden. Besonders Mehrfamilienhäuser und Quartiere ohne private Stellplätze dürfen nicht abgehängt werden.	Die Antwort ist eindeutig: Wir brauchen dringend mehr öffentliche Ladeinfrastruktur. Da ist in den letzten Jahren überhaupt nichts passiert. Keine Ergebnisse. Das ärgert die Menschen, die mit dem E-Auto unterwegs sind. Das lasse sich mit den Stadtwerken und starken lokalen Partnern mühelos ändern. Auch über kostenfreies Parken für E-Autos kann man nachdenken.	Laden muss so einfach sein wie parken: • Ausbau von Ladesäulen an Parkplätzen von Schulen, Sporthallen, Kitas und Verwaltungsgebäude • Schnelllader an zentralen Orten wie Bahnhof, Innenstadt und Gewerbegebiete • Ladepunkte an Park-and-Ride-Standorten Auch Menschen ohne eigenes Grundstück sollen problemlos laden können: • Unterstützung für Eigentümergemeinschaften (WEGs) bei Planung und Genehmigung • Beratung für Mieter und Vermieter • Förderung von Quartierslösungen, z. B. gemeinschaftliche Ladepunkte an Mietshäusern Die Kommune geht als gutes Beispiel voran: • Schrittweise Umstellung von Dienstfahrzeugen, Bauhoffahrzeugen	Ladeinfrastruktur an öffentlichen Gebäuden, Parkplätzen und Gewerbebeständen ausbauen. Genehmigungsverfahren für private Wallboxen vereinfachen. Mehrfamilienhäuser benötigen praktikable Lösungen ohne übermäßige bürokratische Hürden. Die Kommune setzt Anreize durch Bereitstellung von Flächen, nicht durch dauerhafte Subventionierung und geht konsequent als Vorreiter vorneweg: Durch Umstellung des eigenen Fuhrparks komplett auf Elektromobilität.	Aus Sicht der Linken sollte die Stadt Wunstorf Elektromobilität so fördern, dass sie vielen Menschen zugutekommt und zum Klimaschutz beiträgt. Priorität hat dabei die Elektrifizierung des öffentlichen Nahverkehrs und der kommunalen Fahrzeugflotten, etwa bei Bussen, Dienstfahrzeugen oder der Stadtverwaltung. Gleichzeitig sollte die Stadt mehr öffentliche Ladepunkte in Wunstorf und den Ortsteilen schaffen, damit auch Menschen ohne eigene Garage ihr Elektroauto laden können. Die Finanzierung kann über kommunale Investitionen, Förderprogramme von Bund und Land sowie über die Stadtwerke erfolgen. Auch über kommunale Planung und Vorgaben kann Wunstorf Elektromobilität unterstützen. So können bei Neubauten oder größeren Parkplätzen	Wir wollen die Ladeinfrastruktur bedarfsgerecht ausbauen – insbesondere in Wohngebieten, an Bahnhöfen und bei Gewerbe- und Firmenstandorten. Die Kommune sollte geeignete Flächen bereitstellen, Genehmigungen vereinfachen und über staatliche sowie regionale Fördermöglichkeiten informieren. So kann Elektromobilität dort gefördert werden, wo sie tatsächlich gebraucht und genutzt wird.

		und Transportern auf E-Mobilität Bürokratie abbauen und Verfahren vereinfachen: • Schnellere Genehmigungen für private Wallboxen • Klare Leitfäden für Bürgerinnen und Bürger • Einheitliche Ansprechpartner in der Verwaltung		Ladepunkte vorgesehen werden, und über Bebauungspläne kann eine Solarnutzung auf neuen Gebäuden festgelegt werden. So kann Strom für Fahrzeuge möglichst regional, erneuerbar und genossenschaftlich organisiert, erzeugt werden. Ziel ist eine bezahlbare, klimafreundliche Mobilität für Wunstorf, die Elektromobilität sinnvoll mit dem Ausbau von Bus, Bahn und erneuerbaren Energien verbindet.	
--	--	--	--	--	--

7. Flächeninanspruchnahme

Im Niedersächsischen Weg und in den Nachhaltigkeitsstrategien des Landes und des Bundes sind Ziele zur Reduktion der Flächeninanspruchnahme definiert. Diese Ziele werden in der Region Hannover aktuell weit verfehlt. Die weiter ansteigende Versiegelung von Boden verstärkt die Auswirkungen des Klimawandels.

Welche Maßnahmen sollte die Kommune unternehmen, um die Flächeninanspruchnahme wirksam zu reduzieren und um Flächen durch Entsiegelung zurückzugewinnen?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Fläche ist endlich. Deshalb gilt für uns klar: Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Brachflächen, Leerstände und Nachverdichtung haben Vorrang vor neuer Versiegelung. Wir setzen auf Umbau bestehender Gebäude, Nachnutzung leerstehender Flächen und kluge Quartiersentwicklung. Ein wichtiges Projekt ist dabei die Entwicklung des sog. ehemaligen „Vion“-Geländes zu einem neuen Wohnquartier mit 300 bis 400 Wohneinheiten. Auch studentisches Wohnen kann an diesem Standort aus unserer Sicht möglich werden. Wunstorf soll wachsen, aber verantwortungsvoll und flächenschonend.	Hier ist die Antwort eindeutig: Baulücken und Brachflächen (z. B. VION) bebauen und dann erst neue Flächen versiegeln. Wenn neue Flächen versiegelt werden, müssen wir entsiegeln. Das ist möglich, wir machen es nur zu selten und sind nicht mutig, neue Wege zu gehen. Übrigens, klare Haltung der CDU: Keine Versiegelung auf dem Jahnplatz.	Ein Entsiegelungskataster wird derzeit vom Landesamt für Geoinformation und Landesvermessung Niedersachsen (LGLN) zentral erstellt. Es stehen dabei sowohl öffentliche als auch private Flächen im Fokus. Das Entsiegelungskataster ist durch die Kommunen dann fortlaufend zu ergänzen. Sobald das Kataster zur Verfügung steht, ist es hinsichtlich möglicher Ergänzungen zu prüfen und nach entsiegelbaren Flächen zu durchsuchen. Erkannte Potentiale sind zeitnah auszuschöpfen. • Parkplätze sind hinsichtlich des Entsiegelungspotentials in Augenschein zu nehmen. Straßenbegleitende Parkplätze sollten ebenfalls in den Fokus genommen werden. • Rückbau bzw. Umgestaltung von Parkplätzen. D. h.: Überdimensionierte Parkplätze, wie z. B. an den Supermärkten im	Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Die Bebauung des ehemaligen Vion-Geländes muss zügig vorangetrieben werden. Die Entsiegelung ist bei Projekten, wie der anstehenden Sanierung der Innenstadt, mitzudenken.	Die Linke setzt auf effiziente Flächennutzung, Entsiegelung, neue Grünflächen und kluge Stadtplanung, damit Wunstorf nachhaltig wachsen kann. 1. Innenentwicklung und neue Baugebiete Wo es möglich ist, sollen leerstehende Gebäude und Brachflächen genutzt werden. Bei Neubauprojekten auf der „grünen Wiese“ muss die Fläche so effizient wie möglich, z.B. durch Mehrfamilienhäuser und/oder mehrgeschossig, genutzt werden. 2. Entsiegelung und Grünflächen Alte Parkplätze, Industriebrachen oder ungenutzte Höfe sollen entsiegelt und begrünt werden, um das Stadtklima zu verbessern. 3. Planung und Vorgaben Bebauungspläne können höhere Dichte, Begrünungspflichten und Ausgleichsmaßnahmen vorschreiben.	Wir wollen Innenentwicklung und die Nutzung von Leerständen und Brachflächen gegenüber neuer Flächenversiegelung priorisieren. Gleichzeitig braucht Wunstorf ausreichend Wohnraum. Wohnraumentwicklung und Grünflächenschutz dürfen auch hier nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch bei der Nachverdichtung müssen ausreichend Grünflächen, Grünstreifen und Bäume erhalten bleiben bzw. neu geschaffen werden – beispielsweise durch Baumreihen, begrünte Freiflächen und Baumpflanzungen an Parkplätzen. Wo möglich, sollten versiegelte Flächen entsiegelt werden.

Gewerbegebiet Süd, sind in Abstimmung mit den Supermarkt-Betreibern, mit Augenmaß zu verkleinern und/oder umzugestalten. Das könnten grüne Inseln sein und/oder um die Installation von PV oberhalb der Parkflächen nach dem Muster von Edeka Kappe ergänzt werden.

Generell besteht ein Interessen- und Nutzungskonflikt: Zum einen sind unversiegelte Böden dringend notwendig, um dem Klimawandel wirksam begegnen zu können. Zum anderen gibt es einen großen Bedarf an Flächen für bezahlbaren Wohnraum, Gewerbegebieten, Straßen und Freiflächen-PV. Es sollte deshalb wie folgt vorgegangen werden:

- Es sollten keine neuen Straßen gebaut werden. Ausnahme: In neuen Gewerbe- und Wohngebieten.
- Der Wohnungsbau sollte sich ausschließlich auf den Mietwohnungsbau im Kontext bezahlbares Wohnen beschränken.
- Der Wohnungsbau sollte nur auf bereits versiegelten Flächen stattfinden

4. Förderung und Technologie

Bund, Land und die Stadt Wunstorf sollen Entsiegelung, Dach- und Fassadenbegrünung finanziell unterstützen. Moderne Techniken wie wasserdurchlässige Beläge und multifunktionale Flächen sollen eingesetzt werden.

(wie z. B. das VION Gelände).

- Flächenkreislaufwirtschaft: Und wenn doch neue Flächen versiegelt werden, dann sollte dass nur im 1:1 Austausch mit zu entsiegelnden Flächen vorgenommen werden.

8. Klimagerechte Bauleitplanung

Die kommunale Bauleitplanung eröffnet Kommunen die Chance, Klimaschutz in neuen, aber auch in bestehenden Quartieren zu verankern.

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei oder Wählergruppe, um Klimaschutz und Klimaanpassung in Quartieren in der Bauleitplanung umzusetzen?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Klimaschutz ist heute bereits ein wichtiger Standard in der Stadtplanung und Bauleitplanung in Wunstorf. Dass dies so ist, ist auch Ergebnis unseres politischen Einsatzes in den vergangenen Jahren. Neue Wohngebiete sollen energieeffizient und gut angebunden entstehen. Wir setzen auf das Prinzip der Stadt der kurzen Wege. Bei städtischen Flächen wollen wir stärker mit Konzeptvergaben arbeiten: Nicht der höchste Preis entscheidet, sondern das beste soziale und ökologische Konzept.	Bauleitplanung ohne Klimaschutzmaßnahmen gibt es ja gar nicht mehr. Da haben wir einen Standard erreicht, der aktuell nicht weiter erhöht werden sollte, um Bauen bezahlbarer zu machen. Klimafolgen-Anpassung muss man mitdenken und da gibt es mittlerweile sogar Pflastersteine, die Wasser speichern und entsprechend wieder abgeben können. Wir müssen mit der Zeit gehen und die ausgetretenen Pfade verlassen.	• Klimaschutzmaßnahmen bei neuen Baugebieten zwingend umsetzen. • In der Verwaltung ist Biodiversitätskompetenz zu schaffen, die zu allen Baumaßnahmen hinzugezogen werden muss. • Klimaschutz: Emissionen vermeiden: Die Kommune achtet darauf, dass neue Baugebiete möglichst wenig CO₂ verursachen. Dazu gehören: ◦ mehr erneuerbare Energien: gute Bedingungen für PV auf Dächer ◦ energieeffiziente Gebäude ◦ Weniger Verkehr: kurze Wege zu Schulen, Einkaufsmöglichkeiten und ÖPNV ◦ Vorrang für Fuß-, Rad- und Busverkehr • Klimaanpassung: Schutz vor Hitze und Starkregen: Die Planung berücksichtigt, dass Wetterextreme zunehmen. Deshalb werden/wird: ◦ Grünflächen erhalten oder neu geschaffen ◦ Versiegelung reduziert	Die Vorgaben der novellierten Niedersächsischen Bauordnung sind bei der Bauleitplanung konsequent einzuhalten. Dabei sind Regenrückhaltebecken, Begrünung und PV-Nutzung zu berücksichtigen. Es gilt aber auch, die Verhältnismäßigkeit zu wahren und die Baukosten im Blick zu behalten. Klimaanpassung (Verschattung, Frischluftschneisen, wasserdurchlässige Beläge) ist integraler Bestandteil der Innenstadtentwicklung und neuer Quartiere. Klimaschutz darf Wohnen aber nicht unbezahlbar machen.	Aus Sicht der Linken sollte Wunstorf Klimaschutz und Klimaanpassung von Anfang an in der Bauleitplanung umsetzen. Neue Quartiere und Gebäude sollen energieeffizient gebaut und mit erneuerbaren Heizsystemen wie Wärmepumpen oder Solarthermie ausgestattet werden. Solaranlagen auf Dächern, Dach- und Fassadenbegrünung sowie die Nutzung bestehender Flächen sollen gefördert werden, um Bodenverbrauch zu reduzieren. Versiegelte Flächen sind möglichst gering zu halten, Grünflächen und Bäume sollen das Stadtklima verbessern und Starkregen abfangen. Neue Quartiere sollen gut an Bus, Bahn und Radwege angebunden sein und Ladeinfrastruktur für Elektromobilität enthalten. Über Bebauungspläne, Satzungen und städtebauliche Verträge kann die Kommune	Klimaschutz und Klimaanpassung müssen frühzeitig in die Bauleitplanung einfließen. Dazu gehören ausreichend Grünflächen und Bäume, ein durchdachtes Regenwassermanagement sowie energieeffiziente Quartiere. Gleichzeitig müssen Baukosten und die Bezahlbarkeit von Wohnraum im Blick bleiben. Nachhaltige Stadtentwicklung und wirtschaftlich tragbares Wohnen müssen gemeinsam gedacht werden. Es sei jedoch auch erwähnt, dass die Möglichkeiten des Bauturbos genutzt und keine zusätzlichen kommunalen Hürden geschaffen werden sollten.

- Regenwasser versickert statt abgeleitet
- Schattenplätze und Bäume eingeplant
- Nachhaltige Flächennutzung: Eine klimagerechte Planung vermeidet unnötige Neubauflächen und nutzt vorhandene Flächen besser: Boden schützen durch Innenentwicklung vor Außenentwicklung, Nachverdichtung statt Zersiedelung und Umnutzung alter Gebäude statt Abriss.
- Mobilität neu denken: Baugebiete werden so geplant, dass klimafreundliche Mobilität leicht fällt: sichere Radwege, gute Busanbindung, Carsharing-Standorte, weniger Stellplatzpflichten, mehr Mobilitätskonzepte
- Eine Kommune kann im B-Plan konkrete Regeln festlegen, z. B.:
 - Dachbegrünung
 - Pflicht zu PV-Vorbereitung
 - Begrenzung der Versiegelung
 - klimaangepasste Bepflanzung (z. B. klimaangepasste Bäume)
 - Regenwasserrückhaltung
 - Grauwasserkläranlagen

Mindeststandards für Klimaschutz, Energie, Lärm- und Flächenschutz verbindlich festlegen. Fördermittel von Bund, Land und Stadtwerke sollen Bauherren unterstützen. Dabei setzt die Linke auf technologisch flexible, nachhaltige Lösungen, um Wunstorf sozial gerecht, klimafreundlich und zukunftsfähig zu entwickeln.

9. Hitzeschutz und Biodiversität

Aufgrund des Klimawandels kommt es in unserer Region zunehmend zu Hitzeperioden, die durch Begrünung abgemildert werden können. Gleichzeitig kann naturnahe Begrünung entscheidend zum Schutz der Artenvielfalt beitragen.

Welche Maßnahmen sollten unternommen werden, um die Begrünung in Quartieren zu erhöhen und Baumbestände in der Kommune zu schützen?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Mehr Bäume, mehr Schatten, mehr Grün. Wir wollen Straßenbäume schützen, Ersatzpflanzungen konsequent umsetzen und Begrünungsprogramme weiterentwickeln. Bereits heute wurden mit unserer politischen Unterstützung von der Stadt Wunstorf mehr Blühstreifen und die Förderung der Biodiversität in der Stadt auf den Weg gebracht. Ebenso haben wir einen Hitzeschutzplan-Beschluss im Stadtrat vorangebracht, um Wunstorf besser auf zunehmende Hitzeperioden vorzubereiten. Biodiversität, Artenschutz und Gesundheitsschutz gehören für uns zusammen.	Da macht Wunstorf schon viel. Auch ist viel Geld dafür im Haushalt vorgesehen. Aber wir möchten die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft und den Natur- und Umweltschutzverbänden stärken, verzahnen und ermöglichen. Wenn alle mitmachen, bekommen wir Fortschritt hin.	Verwaltung: • Schaffung von Biodiversitätskompetenzen die zu allen Baumaßnahmen hinzugezogen werden muss. Wertvolle Altbäume erhalten statt ersetzen: • Baumschutzsatzung einführen • Ersatzpflanzungen verpflichtend machen (2:1) • Regelmäßige Pflegeprogramme für alte Bäume • Schutz von Wurzelbereichen bei Baustellen Mehr Grün schaffen • Straßenbäume nachpflanzen, besonders in hitzebelasteten Straßen • Kleine Grüninseln schaffen (Pocket parks) • Fassaden- und Dachbegrünung fördern • Nach Entsiegelungspotential von Straßen, Gehwegen und Parkplätzen suchen Starkregen abfedern und Wasser speichern	Baumbestand schützen, Ersatzpflanzungen verbindlich regeln. Zusätzliche Baumpflanzprogramme und Blühstreifen fördern Artenvielfalt. Ökologische Aufwertung von Gewässern steigert Lebensqualität unmittelbar vor Ort. Maßnahmen mit messbarem lokalem Nutzen priorisieren.	Die Linke Wunstorf will die Begrünung stärken und Baumbestände konsequent schützen. Kommunal sollen verbindliche Baumschutzsatzungen, Entsiegelungsvorgaben und klare Mindestanteile für Grünflächen in Bebauungsplänen festgelegt werden. Nachverdichtung darf nicht zulasten bestehender Bäume gehen; Ersatzpflanzungen müssen verpflichtend und im berechneten CO₂-Vergleich der verlorenen zu den neu gepflanzten Bäumen kontrolliert werden. Sozial ist wichtig, dass alle Quartiere profitieren: Gerade dicht bebaute und einkommensschwächere Viertel brauchen mehr Parks, Straßenbäume und begrünte Aufenthaltsflächen. Bürgerinnen und Bürger sollen stärker beteiligt werden, etwa durch Patenschaften oder Gemeinschaftsprojekte, um Teilhabe zu fördern.	Bestehende Bäume sind ein wichtiger Bestandteil unserer Stadt und müssen besser geschützt werden. Wir wollen, dass für neue Bauvorhaben grundsätzlich keine gesunden und erhaltenswerten Bäume weichen müssen. Bäume und Grünflächen müssen deshalb von Beginn an in die Planung einbezogen werden. Ergänzend sollten Dach- und Fassadenbegrünungen sowie naturnahe Freiflächen stärker gefördert werden.

- Mulden, Rigolen und Versickerungsflächen einplanen
- Regenwasser für Bäume und Grünflächen nutzen

Technologieoffen setzt Die Linke auf klimaresiliente Mischbepflanzung, Dach- und Fassadenbegrünung sowie smarte Bewässerungssysteme zur Anpassung an den Klimawandel. Ziel ist mehr Lebensqualität, besserer Hitzeschutz und ein gerechter Zugang zu Grünflächen für alle.

10. Starkregenereignisse und Grundwasserschutz

Innerorts sind Regen-/Abwasserleitungen oft viel zu klein dimensioniert für in Zukunft häufiger auftretende Starkregenereignisse. Regenrückhaltungsmöglichkeiten fehlen. Wasser fließt über Flüsse ab, anstatt das Grundwasser anzureichern. Unkontrollierte Überschwemmungen an Bächen und Flüssen bedrohen Gebäude und führen zu Ertragsausfällen in der Landwirtschaft.

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei oder Wählergruppe vor, um Versickerung und Rückhaltung von Regenwasser zu fördern, das Grundwasser zu schützen und Überflutungsschäden zu verhindern?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wunstorf muss zur Schwammstadt werden. Regenwasser soll möglichst vor Ort versickern, gespeichert und genutzt werden. Dazu gehören entsiegelte Flächen, Zisternen, begrünte Dächer und moderne Regenwasserkonzepte. Bereits heute gibt es ein Starkregenkataster der Region Hannover, das auch in Wunstorf genutzt wird. Mit unserer politischen Unterstützung sollen Maßnahmen projektiert und umgesetzt werden, um besser auf neue Starkregenereignisse vorbereitet zu sein. Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen.	Die nationale Wasserstrategie des Bundesamtes für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit ist ganz hervorragend. Wir sollten schlicht und einfach die Vorgaben und Empfehlungen umsetzen. Kurz und knapp: Trinkwasserversorgung sichern – überall, jederzeit und bezahlbar auch im Jahre 2050, Wasser speichern – auf dem Land und in der Stadt, Naturnahe Wasserhaushalte wiederherstellen – mit der Natur gegen Hochwasser schützen	Flächenentsiegelung: • Entsiegelung von Flächen (z. B. Parkplätzen) • keine Neuversiegelung von Flächen • Flächenkreislaufwirtschaft: Für jeden versiegelten Quadratmeter muss auch wieder ein Quadratmeter entsiegelt werden. • Förderung von Entsiegelungsmaßnahmen auf Privatgrundstücken Starkregenereignisse besser abfedern. • Förderung von Dach- und Fassadenbegrünung • Ausbau von Rückhaltebecken und Regenüberlaufbecken • Trennung von Schmutz- und Regenwasser, wo möglich • Modernisierung alter Kanalabschnitte • Identifikation von Überflutungs-Hotspots und gezielte Sicherungsmaßnahmen durchführen	Regenrückhalteflächen und Versickerungsmöglichkeiten sind auszubauen. Das marode Kanalnetz in Wunstorf muss dringend ertüchtigt werden.	Die Linke Wunstorf will Regenwasser stärker vor Ort halten und nutzen, um Grundwasser zu schützen und Überflutungen zu vermeiden. Rechtlich sollen Bebauungspläne verbindliche Vorgaben für Entsiegelung, Versickerungsflächen, Gründächer und Zisternen enthalten; Kontrolle und Förderung müssen ausgebaut werden. Sozial ist entscheidend, dass Kosten nicht auf Einzelne abgewälzt werden: Zuschüsse sollen insbesondere Haushalte mit geringem Einkommen entlasten. Öffentliche Flächen und Gebäude sollen Vorbild sein, etwa durch Rückhaltebecken, begrünte Dächer und durchlässige Beläge. Für den Wasserhaushalt des Steinhuder Meer braucht es abgestimmte Maßnahmen wie verbessertes Wassermanagement, Schutz von Zuflüssen und Feuchtgebieten	Wir wollen Regenwasser möglichst vor Ort zurückhalten, nutzen und versickern lassen. Bei neuen Bauvorhaben sollten entsprechende Lösungen frühzeitig berücksichtigt werden. Gleichzeitig müssen Entwässerungssysteme anzunehmende Starkregenereignisse angepasst und Überflutungsschutz verbessert werden. Vorsorge und dezentrale Regenwasserrückhaltung schützen Gebäude, Infrastruktur und Grundwasser. Vorsorge ist besser als Schadensbeseitigung.

Regenwasserbewirtschaftung wird zur Gemeinschaftsaufgabe.

- Informationskampagnen zu Regenwassernutzung und Entsiegelung
- Förderprogramme für Hofbegrünung, Zisternen und Versickerungsflächen
- Beratung für Eigentümergemeinschaften und Gewerbebetriebe
- Beteiligung bei der Planung neuer Grün- und Wasserflächen

sowie die Reduzierung von Nährstoffeinträgen, z.B. durch die geplante Reinigungsanlage als Niederschlagswasserbehandlungsanlage in Form eines Retentionsbodenfilters in Großenheidorn. Technologieoffenheit setzt Die Linke auf naturnahe Lösungen und innovative Speicher- und Steuerungssysteme für ein klimaresilientes Wassermanagement.

11. Frischwasserverfügbarkeit

Durch den Klimawandel kommt es in Norddeutschland zu häufigeren und länger anhaltenden Dürreperioden. Die Grundwasserstände sinken und Frischwasser wird zunehmend zu einem knappen Gut.

Welche Anreize sollte Ihre Kommune aus Sicht Ihrer Partei oder Wählergruppe setzen, um den Verbrauch von Frischwasser zu reduzieren und die Nutzung von Regenwasser und Grauwasser zu fördern?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wasser wird wertvoller. Deshalb setzen wir auf sparsamen Verbrauch, moderne Technik und Regenwassernutzung. Öffentliche Gebäude sollten mit gutem Beispiel vorangehen. Bei Neubauten sollen Regenwasserspeicherung und wassersparende Systeme stärker berücksichtigt werden.	Wir müssen die Menschen über den örtlichen Wasserversorger aufklären, dass kein Weg daran vorbeiführt, Wasser zu sparen. Preissignale wurden gesetzt, Wasser ist auch in Wunstorf zum 01.05.2026 teurer geworden. Große Wasserverbraucher sind traditionell Unternehmen. Auch da müssen wir über den Wasserversorger entsprechende Unterstützung leisten, um Einsparungen zu generieren. Die Nutzung von Grauwasser wird dann auch vorangetrieben, wenn es sich für Unternehmen finanziell lohnt.	• Regenwasser für die Gartenbewässerung und die Toilettenspülung in Zisternen sammeln. • Die Anlage von Grauwasserkläranlagen und die entsprechend notwendigen Umbauten in den Häusern fördern. • Toiletten mit gesammeltem Regenwasser oder dem gereinigten Wasser aus der Grauwasserkläranlage spülen und die dadurch entstehenden Investitionen fördern. Die Kommune zeigt, dass es praktisch und machbar ist: • Zisternen an Schulen, Kitas, Sporthallen und Verwaltungsgebäuden vorsehen • Bewässerung kommunaler Grünflächen mit Regenwasser statt Trinkwasser • Modellprojekte für Grauwassernutzung in öffentlichen Gebäuden und in verdichteten Quartieren, wie z. B. dem	Regenwassernutzung bei Neubauten anreizen. Kommunale Einrichtungen sollen ihren Verbrauch systematisch erfassen und reduzieren. Sensibilisierung statt restriktiver Verbote. Wasserschutz ist als Gemeinschaftsaufgabe zu betrachten.	Die Linke Wunstorf setzt auf Anreize, die den Verbrauch von Frischwasser reduzieren und die Nutzung von Regen- und Grauwasser stärken. Rechtlich sollen Bebauungspläne und Satzungen den Einbau von Regenwasserspeichern, Zisternen und Grauwasseranlagen erleichtern oder verpflichtend vorschreiben, insbesondere bei Neubauten und größeren Sanierungen. Sozial sollen Förderprogramme, Zuschüsse oder reduzierte Abwassergebühren Haushalte mit geringem Einkommen entlasten und die Investition in Regen- oder Grauwassersysteme attraktiv machen. Auch öffentliche Gebäude und Schulen sollen als Vorbilder dienen. Technologieoffenheit setzt Die Linke auf eine Kombination aus naturnahen Lösungen wie Mulden-Rigolen-Systemen	Wir wollen Anreize für einen sparsamen Umgang mit Trinkwasser schaffen und die Nutzung von Regenwasser stärker fördern. Bei geeigneten Bauvorhaben sollten Regenwasserzisternen und wassersparende Technologien berücksichtigt werden. Auch die Wiederverwendung von leicht verschmutztem Haushaltswasser (Grauwasser) kann dort geprüft werden, wo dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist.

		Barneviertel, an den Start nehmen.		und innovativen technischen Systemen, z. B. Regenwasserfilter, intelligente Pump- und Steuerungssysteme sowie moderne Rückhaltespeicher. Ziel ist ein nachhaltiger, kostengerechter und klimaresilienter Umgang mit Wasser, der Grundwasser schützt und Überflutungen reduziert.	
--	--	------------------------------------	--	--	--

12. Kommunales Klimaschutzsystem

Kommunaler Klimaschutz ist nur möglich, wenn dafür eine dauerhafte institutionelle, finanzielle und strategische Basis geschaffen wird. Dazu gehören mittelfristig abgesicherte Personalstellen für z.B. Fördermittelmanagement, Bürger:innenberatung, Klimakommunikation, Sanierungsmanagement, Erfolgsmessung sowie Unterstützung und strukturierte Einbeziehung Ehrenamtlicher. Darüber hinaus sind Klimachecks von Ratsbeschlüssen, Grundsatzbeschlüsse zu Klimazielen und kommunenübergreifende Kooperationen zielführend.



Welche Maßnahmen befürwortet Ihre Partei oder Wählergruppe, um kommunale Klimaschutzstrukturen und Vernetzungen zu stärken und zu verstetigen?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Klimaschutz braucht Strukturen statt Symbolpolitik. Deshalb haben wir im vergangenen Jahr ein neues kommunales Klimaschutzprogramm gemeinsam mit der Wärmeplanung beschlossen. Darin sind bereits viele Weichenstellungen für die Zukunft enthalten. Wir unterstützen daneben eine dauerhaft abgesicherte Stelle für das Klimaschutzmanagement. Kooperationen mit Region Hannover, den Stadtwerken Wunstorf, dem Unterhaltungsverband (UHV)	Die Klimaschutzmanagerin ist eine feste Größe und muss in der Verwaltung entsprechend gewürdigt werden. Ebenso braucht es eine Stelle, um die Maßnahmen der KWP durchzuführen. Ohne diese Stellen kann das Maßnahmenpaket der KWP nicht umgesetzt werden.	Klimaschutzmanagement stärken • die Klimaschutzmanager*innen-Stelle verstetigen • ein Bio-Diversitätsmanagement installieren • beides mit ausreichendem Budget und Kompetenzen ausstatten • und sie organisatorisch so anbinden, dass sie wirksam arbeiten können (z. B. direkt beim Bürgermeister oder im Bau-/Umweltdezernat) Da kommunale Klimaschutzkonzept fortschreiben	Die Einführung eines systematischen Kommunales Energiemanagementsystems hat absoluten Vorrang (siehe oben). Die Funktion der Klimaschutzmanagerin ist durch ein Energiemanagement zu ergänzen. Die Beratungsangebote der Klimaschutzagentur der Region Hannover sind in Wunstorf zu kommunizieren, gemeinsame Informationsveranstaltungen zu initiieren.	Die Linke Wunstorf befürwortet den Ausbau und die Verstetigung kommunaler Klimaschutzstrukturen durch verbindliche gesetzliche Vorgaben und institutionelle Rahmenbedingungen. Wunstorf soll eine Klima/Umweltschutzbeauftragte, gut ausgestattete Fachstellen und langfristige Strategien erhalten, die verbindlich in Planungen, Bauvorhaben und öffentlichen Ausschreibungen berücksichtigt werden. Sozial wichtig ist, dass Klimaschutz gerecht	Klimaschutz braucht klare Zuständigkeiten, konkrete Ziele und messbare Ergebnisse. Neue Strukturen dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen einen erkennbaren Nutzen bringen. Klimaschutzbeauftragte sollten bei relevanten Bau- und Infrastrukturentscheidungen frühzeitig eingebunden werden und eine beratende sowie prüfende Funktion übernehmen. Fördermittel und interkommunale Kooperationen sollten konsequent genutzt werden.

53 „West- und Südaue“, Vereinen, der lokalen Wirtschaft und Landwirtschaft wollen wir weiter ausbauen.		• regelmäßige Aktualisierung des Energie- und Klimaschutzkonzeptes • verbindliche Maßnahmenpläne • Monitoring und jährliche Berichte Regionale und lokale Netzwerke ausbauen • Teilnahme an Klimaschutznetzwerken (z. B. Energieagenturen, kommunale Verbünde) • Kooperation mit Nachbarkommunen • Austausch mit Unternehmen und Vereinen Bürgerbeteiligung stärken • Klimaräte oder Klimabeiräte organisieren • Beteiligungsplattformen für Bürger und Jugendklimaräte bereitstellen Förderprogramme nutzen und verstetigen • Bundes- und Landesförderungen (z. B. BMUV-Förderung) dauerhaft nutzen • kommunale Eigenmittel bereitstellen • langfristige Finanzierungsmodelle entwickeln Verwaltungsinterne Strukturen verbessern • Klimaschutz als Querschnittsaufgabe in allen Ämtern		umgesetzt wird: Alle Bürgerinnen und Bürger, besonders einkommensschwache Gruppen, sollen aktiv in Entscheidungen einbezogen werden, etwa durch Beteiligung an Projekten, Workshops oder Informationsangeboten. Schulungen, Beratung und niedrigschwellige Unterstützungsangebote sichern eine breite Nutzung der Maßnahmen. Technologieoffen setzt Die Linke auf flexible, innovative Lösungen, die lokal angepasst werden können – von erneuerbaren Energien über energetische Quartierskonzepte bis zu digitaler Vernetzung und Monitoring. Zudem soll die regionale Zusammenarbeit mit anderen Kommunen sowie die Kooperation mit Land und Bund gestärkt werden, um Synergien zu nutzen und Klimaschutzmaßnahmen effektiv zu vernetzen.	
---	--	---	--	--	--

		• Schulungen für Mitarbeitende • interne Arbeitsgruppen • verbindliche Nachhaltigkeitsprüfungen bei Beschlüssen Daten, Monitoring und Transparenz ausbauen • Energie- und CO₂-Monitoring für kommunale Gebäude • jährliche Klimaberichte			
--	--	--	--	--	--

13. Bildung und Bewusstseinsbildung

Bewusstseinsbildung und Kommunikation sind ein wichtiger Baustein des kommunalen Klimaschutzes. Im Kindergarten, der Schule und in anderen Bildungseinrichtungen setzen sich Kinder und Erwachsene damit auseinander, wie man durch individuelles Verhalten und gemeinschaftliches Wirken nachhaltig leben und wirtschaften kann.

Welche Maßnahmen schlägt Ihre Partei oder Wählergruppe vor, um Klima- und Umweltbewusstsein in den Bildungseinrichtungen in der Kommune zu stärken?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Nachhaltigkeit beginnt früh. Schulen, Kitas und Jugendeinrichtungen sollen grundsätzlich bei Umweltbildung unterstützt werden. Schulgärten, Energieprojekte, Repair-Angebote, Projekttag und praxisnahe Lernformate fördern konkretes Handeln und machen Nachhaltigkeit im Alltag erfahrbar. Dabei wollen wir prüfen lassen, ob auch die Angebote der Volkshochschule Hannover-Land stärker eingebunden werden können. Darüber hinaus wollen wir uns	Baumpflanzaktionen, Müllsammelaktionen und weitere Dinge sollte die Stadt gemeinsam mit den Schulen bzw. den Kitas durchführen, um zu sensibilisieren. Für die Bildung innerhalb der Schulen sind das Land und die Lehrer zuständig.	Schulen als Lernorte für Nachhaltigkeit entwickeln: • Energiesparen als Schulprojekt • Schulgärten anlegen • über Regenwassernutzung sprechen • Müllvermeidungskonzepte entwickeln • nachhaltige Schulverpflegung bereitstellen • Umweltverbände in den Unterricht einbinden • Exkursionen zu Lernorten wie der Kläranlage, dem Recyclinghof oder Naturparks wie der ÖSSM anbieten	Die bestehenden "Klimabildungsangebote" der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen sind in die städtischen Schulen zu tragen. Hier sollte die Klimaschutzmanagerin aktiv werden.	Die Linke Wunstorf setzt auf ein stärkeres Klima- und Umweltbewusstsein in allen Bildungseinrichtungen. Rechtlich sollen Lehrpläne, Schulkonzepte und kommunale Bildungsrichtlinien Umwelt- und Klimathemen verbindlich integrieren, etwa durch Projekte zu erneuerbaren Energien, Ressourcenschutz und nachhaltiger Mobilität. Sozial wichtig ist, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von Einkommen oder Hintergrund Zugang zu	Wir wollen Umwelt- und Klimaschutz für Kinder und Jugendliche praktisch erlebbar machen. Schulen, Kitas und Vereine leisten bereits wichtige Arbeit und sollten durch die Kommune unterstützt und besser vernetzt werden. Dabei sollten konkrete Projekte zu Energie, Natur, Wasser und nachhaltigem Handeln im Alltag stärker gefördert werden.

dafür einsetzen, unsere Schulen auch über städtische Sachmittel bei der Demokratieförderung und politischer Bildung zu unterstützen. Solche Förderansätze lassen sich sinnvoll mit Klima- und Nachhaltigkeitsthemen verbinden, etwa durch Schülerprojekte, Beteiligungsformate oder kommunale Zukunftswerkstätten. Bildung ist für uns der Schlüssel für eine aktive demokratische Stadtgesellschaft und auch wirksamen Umwelt- und Klimaschutz.		• nachhaltige Gestaltung der Schulhöfe • Kritische Betrachtung des Schulweges hinsichtlich Klimafreundlichkeit, Sicherheit und Komfort Sportvereine als Lernorte für Nachhaltigkeit entwickeln: • Klima-AGs organisieren • über nachhaltiger Umgang mit Energie, Wasser und Müll sprechen • Kritische Betrachtung der Fahrtwege hinsichtlich Klimafreundlichkeit, Sicherheit und Komfort Schülerbeteiligung stärken: • Klima-AGs organisieren • Schülerparlamente mit Nachhaltigkeitsschwerpunkt • Jugendklimarat • Wettbewerbe und Projektwochen zum Thema anregen Schulen in kommunale Klimastrategien einbinden: • Schulen als Partner in der kommunalen Mobilitätsplanung • Teilnahme an kommunalen Klimaschutznetzwerken		praxisnahen Umweltbildungsangeboten haben. Schulen sollen bei Projekten zu Energiesparen, Müllvermeidung oder Schulhofbegrünung unterstützt werden, und Förderprogramme sollen einkommensschwache Familien entlasten. Technologieoffen setzt Die Linke auf innovative Lernformen, wie digitale Lernplattformen, interaktive Experimente, Smart-Meter-Demonstrationen und energiesparende Technik in Schulen, um Wissen anschaulich zu vermitteln. Kooperationen mit lokalen Initiativen, Umweltverbänden und Betrieben, wie zum Beispiel dem Bauamt, Stadtwerke oder Kläranlagen, sollen Praxisbezug und Nachhaltigkeit stärken. Ziel ist eine generationenübergreifende Sensibilisierung für Klimaschutz und Umweltschutz, die dauerhaft in der kommunalen Bildungsarbeit verankert wird.	
---	--	---	--	--	--

14. Akzeptanzsteigerung

Die Mehrzahl der Bürgerinnen und Bürger wünscht sich einen wirksamen Klimaschutz.

Welche Schritte sollte die Kommune unternehmen, um Akzeptanz und Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen und Ausbau der erneuerbaren Energien in der Bevölkerung weiter zu fördern?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Klimaschutz gelingt nur gemeinsam. Deshalb setzen wir auf Transparenz, Beteiligung und nachvollziehbare Entscheidungen. Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig eingebunden werden, wie z.B. in unserer Mitmach-Werkstatt zur beteiligungsorientierten Entwicklung unseres Kommunalwahlprogramms. Wer mitreden kann, unterstützt Veränderungen eher. Wichtig sind dafür auch verlässliche Strukturen in der Verwaltung. In Wunstorf haben wir politisch mit dafür gesorgt, dass es eine Klimaschutzmanagerin gibt. Diese Arbeit wollen wir ausdrücklich weiter unterstützen und stärken. Eine professionelle Koordinierung hilft dabei, Fördermittel zu nutzen, Projekte voranzubringen, Bürgerinnen und Bürger zu beraten und Klimaschutz konkret im Alltag sichtbar zu machen.	Akzeptanz gibt es oft, wenn auch finanzielle Vorteile mit dem Klimaschutz verbunden werden können. Bleibt fossile Energie teuer, werden die Vorteile der Erneuerbaren deutlicher. Auch Maßnahmen wie kostenfreies Parken von E-Autos tragen zur Akzeptanz bei.	Frühzeitige Bürgerbeteiligung: • Beteiligung vor der Planung, nicht erst bei fertigen Konzepten • Workshops, Bürgerräte, Online-Dialoge organisieren • Beteiligung von Vereinen, Landwirtschaft, Gewerbe, Jugendgruppen Transparente Kommunikation: • Erklären, warum Maßnahmen nötig sind und nicht erklären warum was (aus Kostengründen) gerade nicht möglich ist • Nutzen sichtbar machen: Kostenersparnis, regionale Wertschöpfung, Energieunabhängigkeit • Regelmäßige Updates über Fortschritte, Kosten, Zeitpläne Lokale Vorteile hervorheben: • Wo immer möglich Einnahmen für die Kommune generieren • Günstigere Energiepreise durch Bürgerenergie	Akzeptanz entsteht durch Transparenz und die Wahrnehmung einer Vorbildfunktion durch die Kommune. Maßnahmen müssen verständlich, wirtschaftlich und realistisch sein. Überzogene Zielsetzungen ohne die Realität auf Umsetzbarkeit, wie z.B. Wunstorf soll bis 2035 klimaneutral werden, untergraben Vertrauen.	Die Linke Wunstorf setzt auf transparente, verbindliche und technologieoffene Maßnahmen, um Akzeptanz und Unterstützung für Klimaschutz und erneuerbare Energien zu fördern. Rechtlich sollen Bürgerinnen und Bürger frühzeitig in Planungen einbezogen werden, z. B. bei Wind- und Solarprojekten, wie der Umsetzung der Bürger-Energie-Genossenschaft, Quartierskonzepten oder energetischen Sanierungen. Verbindliche Beteiligungs- und Informationspflichten erhöhen Vertrauen und Rechtssicherheit. Sozial wichtig ist, dass alle Bevölkerungsschichten von der Energiewende profitieren: Förderprogramme, Zuschüsse und vergünstigte Angebote sollen einkommensschwache Haushalte entlasten. Öffentliche Einrichtungen, Schulen und Wohnungsbau-gesellschaften sollen als	Akzeptanz entsteht durch Transparenz, nachvollziehbare Entscheidungen und ehrliche Beteiligung. Bürgerinnen und Bürger müssen frühzeitig informiert und ernsthaft in Planungsprozesse einbezogen werden. Klimaschutzmaßnahmen und der Ausbau erneuerbarer Energien brauchen nachvollziehbare Ziele, eine offene Kommunikation und eine faire Abwägung von Kosten und Nutzen.

Akzeptanz entsteht außerdem dann, wenn Menschen erleben, dass Klimaschutz ihr Leben verbessert, durch niedrigere Energiekosten, bessere Mobilität, mehr Grün in der Stadt und eine lebenswerte Umgebung. Unser Förderprogramm für Balkon-Solaranlagen hat in diesem Zusammenhang z.B. einen starken Akzeptanzschub in Wunstorf verursacht.		Bürgerenergieprojekte fördern: • Energiegenossenschaften und/oder GBR's unterstützen • Beteiligungsmodelle für Wind- und Solarparks entwickeln • Kommunale Dachflächen für Bürger-PV öffnen Dialogformate für Konfliktthemen: • Moderierte Gespräche bei Windkraft- oder Wärmenetzprojekten • Einbindung von Naturschutz, Anwohnern, Landwirten Bildung & Aufklärung stärken: • Programme in Schulen, Kitas und Vereinen auflegen • Energie- und Klimaschutzwochen in Kooperationen mit Umweltverbänden und Stadtwerken organisieren Pilotprojekte sichtbar machen: • Klimaneutrale Vorzeigequartiere (Chance: VION), Begrünte Bushaltestellen, Solardächer auf öffentlichen Gebäuden Faire Kostenverteilung sicherstellen: • Sozialtarife bei Wärmenetzen		Vorbilder Projekte zu Energieeinsparung und erneuerbaren Energien umsetzen. Technologieoffen setzt Die Linke auf eine Kombination aus bewährten und innovativen Lösungen, z. B. Photovoltaik, Solarthermie, Windenergie, Quartiersspeicher und intelligente Energiemanagementsysteme. Durch Informationskampagnen, Demonstrationsprojekte und Modellquartiere soll das Verständnis für die Vorteile klimafreundlicher Technologien gestärkt werden, um eine breite, nachhaltige Unterstützung in der Bevölkerung zu sichern.	
---	--	---	--	--	--

- Förderprogramme für Haushalte mit geringem Einkommen

15. Finanzierung kommunaler Neubau- und Sanierungsprojekte

Kommunale Neubau- und Sanierungsprojekte erfordern zunächst hohe Investitionen. Die Berechnung von Lebenszykluskosten zeigt jedoch, dass energieeffiziente Bauweisen, erneuerbare Energien am Gebäude und ein moderner, automatisierter Betrieb der Gebäudetechnik die Energie- und Betriebskosten langfristig deutlich senken.

Wie sollte die Kommune aus Sicht Ihrer Partei oder Wählergruppe sicherstellen, dass bei Neubauten und Sanierungen langfristig wirtschaftliche und nachhaltige Lösungen umgesetzt werden?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wir wollen Investitionen langfristig denken. Deshalb sollen bei Neubauten und Sanierungen nicht nur Anschaffungskosten, sondern Lebenszykluskosten zählen. Energieeffizienz senkt dauerhaft Betriebskosten. Förderprogramme von Bund, Land und Region müssen konsequent genutzt werden. In unserem Positionspapier Wohnen haben wir beispielsweise vorgeschlagen, städtische Grundstücke verstärkt im Erbbaurecht zu vergeben, damit Boden in öffentlicher Hand bleibt und bezahlbarer Wohnraum entsteht.	Das muss bei jeder Entscheidung zwingend berücksichtigt werden. Nur kurzfristig Einsparungen zu erzielen, ist völlig aus der Zeit gefallen. Fossile Energie wird teuer. Das muss immer mit berücksichtigt werden – bei jeder Entscheidung.	• Ambitionierte energetische Mindeststandards für Neubauten festlegen. • Sanierungen an klaren Effizienzvorgaben ausrichten ◦ Lebenszykluskosten statt reiner Investitionskosten berücksichtigen ◦ Betrachtung von Bau, Betrieb, Wartung und Rückbau ◦ Einsatz von Ökobilanzen (LCA) und Lebenszykluskostenanalysen (LCC) • Priorisierung langlebiger, reparierbarer und CO₂-armer Materialien • Vergabekriterien erweitern: Nicht nur der günstigste Preis zählt, sondern Qualität, Energieverbrauch, CO₂-Bilanz und Lebensdauer. • Monitoring und Controlling: Regelmäßige Überprüfung, ob	Lebenszykluskosten sind verpflichtend zu berücksichtigen. Investitionen priorisieren (Pflichtaufgaben vor freiwilligen Leistungen). Keine zusätzlichen Schulden ohne Gegenfinanzierung. Das Problem bei Vergabeverfahren ist, dass "Wirtschaftlichkeit" vor "Nachhaltigkeit" Priorität hat. Das lässt sich nur durch Regelungen auf Bundes- und Landesebene ändern.	Die Linke Wunstorf setzt auf langfristig wirtschaftliche und nachhaltige Lösungen bei Neubauten und Sanierungen. Rechtlich sollen Bebauungspläne und kommunale Richtlinien verbindliche energetische Standards, Nutzung erneuerbarer Energien und nachhaltige Baustoffe vorschreiben. Sozial wichtig ist, dass diese Maßnahmen für alle bezahlbar bleiben: Förderprogramme, Zuschüsse und vergünstigte Kredite sollen insbesondere einkommensschwache Haushalte entlasten. Öffentliche Gebäude sollen als Vorbild dienen, z.B. durch energetische Sanierungen, Dach- und Fassadenbegrünung oder effiziente Wärmeversorgung. Technologieoffen setzt Die Linke auf	Bei kommunalen Neubau- und Sanierungsprojekten müssen neben den Investitionskosten immer auch die langfristigen Betriebs-, Wartungs- und Folgekosten betrachtet werden. Wir wollen wirtschaftliche und nachhaltige Lösungen, die sich über den gesamten Lebenszyklus rechnen. Fördermittel und energieeffiziente Technologien sollten dort eingesetzt werden, wo sie langfristig Kosten senken und einen erkennbaren Nutzen für die Bürger bringen.

		Energieziele, Kosten und Bauqualität eingehalten werden. • Regionale Wertschöpfung: Lokale Handwerksbetriebe und regionale Materialien bevorzugen, sofern rechtlich möglich. • Modulare und flexible Bauweisen: Gebäude so planen, dass sie später leicht umgebaut oder erweitert werden können. • Transparente Kostenkommunikation, damit nachvollziehbar ist, warum nachhaltige Lösungen langfristig günstiger sind.		Photovoltaik, Solarthermie, Wärmepumpen, Quartierspeicher, intelligente Heizungssteuerung und digitale Energiemonitoring-Systeme (Smart- und Energiemanagement). Grüne Infrastruktur wie Dach- und Fassadenbegrünung, Versickerungssysteme und begrünte Aufenthaltsflächen sorgt für Klima Resilienz. Nachhaltige Baustoffe, langlebige Fenster und Dämmungen runden das Konzept ab. Ziel ist eine ökologisch, wirtschaftlich und sozial nachhaltige Bauweise, die Klima, Ressourcen und Haushaltsbudgets gleichermaßen schützt.	
--	--	---	--	---	--

16. Finanzierung von Ausbau der Erneuerbaren und Sanierung der Infrastruktur

Der Kapitalbedarf für den Ausbau der Erneuerbaren sowie für die Sanierung der Infrastruktur (Netze und Anlagen für Strom, Wärme, Wasser, Regen- und Abwasser) überfordert häufig die öffentlichen Haushalte. Gleichzeitig engagieren sich viele Bürger:innen bei Energiegenossenschaften oder bei Finanzierungen kommunaler Energieprojekte.

Welche Finanzierungsmodelle schlägt Ihre Partei oder Wählergruppe vor, und wie können Kommune und Bürger gemeinsam Projekte finanzieren?



SPD	CDU	Grüne	FDP	Linke	Freie Wähler
Wir setzen auf einen Mix aus kommunalen Mitteln, Fördergeldern, den Stadtwerken Wunstorf und einer Bürgerenergie-Genossenschaft. Unsere kommunale Wohnungsbaugesellschaft soll gestärkt werden, um bezahlbaren	Die Aktivierung von privatem Kapital ist der einzige Hebel, den der Staat hat. Die Energie- und Wärmewende ist nur finanzierbar, wenn sich alle beteiligen und an einem Strang ziehen. Daher muss ein Netzwerk in	Langfristig tragfähige Finanzierungsmodelle entstehen, wenn Kommunen öffentliches Kapital, Bürgerkapital und private Mittel intelligent kombinieren. Bürger*innen können über Genossenschaften,	Fördermittel von Bundes- und Landesseite sind konsequent zu nutzen. Öffentlich-private Partnerschaften sind zu prüfen. Bürgerbeteiligungsmodelle wie Energiegenossenschaften sollten	Die Linke Wunstorf setzt auf faire und transparente Finanzierungsmodelle, um Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsprojekte gemeinsam von Kommune und Bürger:innen umzusetzen. Rechtlich sollen kommunale	Für große Infrastrukturprojekte braucht es einen Mix aus Fördermitteln, kommunalen und privaten Investitionen. Auch die Bürgerinnen und Bürger sollten, wo sinnvoll und wirtschaftlich tragfähig,

Wohnraum zu schaffen. Bürgerenergie und Beteiligungsmodelle stärken Akzeptanz und Identifikation. Wer vor Ort investiert, soll auch vor Ort profitieren.	Wunstorf geschaffen werden, um genau diese Dinge zu befördern. Das sollte die Wirtschaftsförderung in Zusammenarbeit mit dem Klimaschutzmanagement machen.	kommunale Beteiligungsmodelle oder Anleihen direkt eingebunden werden, während die Kommune Planungssicherheit, Transparenz und faire Renditemodelle sicherstellt. Kommunale Zweckgesellschaften (GmbH, AöR) ermöglichen Mischfinanzierungen aus kommunalem Kapital, Fördermitteln und Bürgerbeteiligung und/oder (Public-Private-Partnerships): private Partner übernehmen Teile der Finanzierung und des Betriebs, Kommune behält Steuerung.	ermöglicht und vor Ort unterstützt werden.	Richtlinien und Satzungen den Einsatz von Förderprogrammen, Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten erleichtern und verbindlich regeln. Sozial wichtig ist, dass alle Bürger:innen, insbesondere einkommensschwache Haushalte, Zugang zu Fördermitteln haben. Modelle wie Mieterstromprojekte, Bürgerenergiegenossenschaften oder kommunale Beteiligungen ermöglichen, dass Bürger:innen direkt in erneuerbare Energien, energetische Sanierungen oder grüne Infrastruktur investieren und von Einsparungen oder Einnahmen profitieren. Technologieoffen setzt Die Linke auf eine Kombination aus klassischen und innovativen Lösungen: Photovoltaik-, Solarthermie- oder Speicherprojekte können durch öffentliche Mittel, Crowdfunding oder gemeinschaftliche Energiegenossenschaften realisiert werden. Ziel ist ein gerechtes, nachhaltiges und gemeinschaftlich getragenes Finanzierungsmodell, das ökonomische,	an Projekten beteiligt werden können. Die Stadtwerke Wunstorf können dabei als regionaler Partner eine wichtige Rolle übernehmen. Wichtig sind transparente Finanzierungsmodelle und eine faire Verteilung von Chancen und Risiken. Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Bezahlbarkeit müssen im Mittelpunkt stehen.
---	---	---	---	---	---

				ökologische und soziale Ziele verbindet.	
--	--	--	--	---	--